



## Die Dividende des Hasses

Aha. Nun musste also mal wieder Goebbels herhalten. Nach dem Autor Akif Pirinçci, der mit dem Tabuwort von den („leider geschlossenen“) KZs die Wutbürgermeute zu Opfern politischer Verfolgung umzudichten versuchte, ließ die nächste verbale Grenzverletzung beim Dresdner Montagstheater erwartungsgemäß nicht lange auf sich warten.

Die Vortänzer von Pegida, AfD und all den anderen seltsamen Gruppierungen, die sich die Rettung des Abendlandes auf die Fahnen geschrieben haben, folgen dabei in ihren sprachlichen Entgleisungen bewusst einer nach oben offenen Eskalationsstrategie. Denn wo der Skandal zur Alltäglichkeit wird, müssen auch immer größere Geschütze aufgeföhren werden, um die Aufmerksamkeit hoch und die Anhängerschaft hinter sich zu halten.

Es begann damit, dass die (Mehrheit der) Andersdenkenden als naive, dumme „Gutmenschen“ hingestellt wurden. Deutsche Politiker wurden zu Marionetten der Vereinigten Staaten erklärt. Und die große Mehrheit der Medien, die das krude Wutbürger-Weltbild nicht wie gewünscht in die Welt trägt, zu fremdgesteuerten Lügner. Nun also geht zumindest auf den Demos der rechten Demagogen der Wettkampf um die geschmackloseste Entgleisung weiter. Nicht so offen volksverhetzend, dass man gleich den Staatsanwalt fürchten müsste. Aber in dem gleichen Wahn, mit dem sich seit jeher Rechtsextremisten als Opfer des Machtapparates verkaufen, indem sie die Realität einfach verdrehen.

Nicht die, die sich Pegida und Co. in den Weg stellen, sind die „geistigen Brandstifter“, von denen Bachmann schwadroniert. Nein, das sind die, die im Schutz der Masse fremdenfeindliche Parolen schreien, am Rande der Demos Andersdenkende und Journalisten bespucken und angreifen, die im Internet hetzen und Gerüchte in die Welt setzen. Die in Talkshows und Interviews als Herr und Frau Biedermann auftreten und den besorgten Bürger geben, dem man ja nur das Wort im Mund herumdrehen will. Dieses schlechte Theater könnte eine Demokratie durchaus verkraften, zumal rednerische Fehltritte à la Pirinçci oder Bachmann die Mitläufer unter den Protestbürgern eher abschrecken.

Doch angesichts der Dividende des Hasses – fast tägliche Überfälle auf Flüchtlinge, ihre Helfer, auf Journalisten und Politiker –, können wir uns eine weitere Verharmlosung der Neonazi-Strukturen, die den Pegida-Worten auf der Straße mutmaßlich die erschreckenden Taten folgen lassen, einfach nicht leisten. Politik und Polizei wollten von organisiertem Rechtsextremismus über viele Jahre offiziell nie etwas wissen. Es wird Zeit, aus dieser Fehleinschätzung zu lernen. Bevor ein neuer NSU entsteht.

# Seit' an Seit' nach Tagen des Zorns

Merkel und Seehofer demonstrieren vor der Unionsfraktion Geschlossenheit in der Flüchtlingsfrage

Wochenlang hat der CSU-Chef die Kanzlerin in der Flüchtlingskrise unter Druck gesetzt. Jetzt klatschen sie sich gegenseitig Beifall. Und ausgerechnet Gabriel wünscht seiner Partei Merks Coolness.

**Fortsetzung von Seite 1**  
von Sascha Meyer, Tim Braune und Jörg Blank

**Berlin.** Beim letzten Mal haben sie sich sogar umarmt. Im Saal der Unions-Fraktion drückte CSU-Chef Horst Seehofer Kanzlerin Angela Merkel (CDU) an sich. Das war im September 2013, direkt nach der siegreichen Bundestagswahl. So innig treten die beiden gestern nicht auf, als sie seit' an Seit' in den Fraktionssaal gehen. Aber nach Wochen des offensiv zelebrierten Zorns aus Bayern wegen der Flüchtlingskrise soll es ein Tag der demonstrativen Einigkeit sein.

Die Körpersprache ist kühler als vor zwei Jahren: Der Bayer hält die Arme hinter dem Rücken verschränkt, als Merkel vor der Sitzung die Einigung erläutert, zu der sich CDU und CSU am Wochenende zusammengekauft haben. Seehofer blickt immer wieder nach links zu Merkel herunter – doch die gönnt ihm kaum einen längeren Blick. Aber vom heftigen Streit, der die Unionschwestern mehr und mehr zu spalten drohte, ist öffentlich keine Rede mehr.

Von einer gemeinsamen Agenda zur Bewältigung der „großen



Bundeskanzlerin Angela Merkel und CSU-Vorsitzender Horst Seehofer äußerten sich vor Beginn der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Streitthema Flüchtlinge. Foto: Bernd von Jutrczenka

nationalen Aufgabe“ spricht die Kanzlerin. Und der CSU-Chef neben ihr mahnt, die Menschen warteten jetzt auf konkrete Maßnahmen. Alles scheint zwischen den beiden austariert, sogar die Länge der Statements.

Im Saal trennen sich ihre Wege erst einmal wieder. Seehofer bleibt stehen, spricht gleich am Anfang der Vorstandsbank mit ein paar Vertrauten aus der CSU. Die Kanzlerin geht durch zu ihrem Platz in der Mitte neben Fraktionschef Volker Kauder (CDU), der auch im Flüchtlingsstreit loyal an ihrer Seite steht. Nach Merks Rede habe

Seehofer dann demonstrativ applaudiert, berichten Sitzungsteilnehmer hinterher, und auch der CSU-Chef habe Beifall bekommen. Lediglich eine handvoll Wortmeldungen habe es gegeben – und die seien ziemlich zahm gewesen, heißt es aus der Fraktion. Die Revolution in der Fraktion war ausgeblieben.

Mit ihrem ungewöhnlichen Doppelauftritt senden die Parteichefs ein Signal der Geschlossenheit an die Abgeordneten vor ihnen. Denn in der Fraktion rumorte es zuletzt erheblich. Auch CDU-Parlamentarier waren in den vergangenen Wochen auf-

gestanden und hatten von der Kanzlerin verlangt, man könne an den Grenzen doch nicht die weiße Fahne hissen. Doch am Ende siegt offensichtlich die Erkenntnis, dass den Unionsparteien angesichts der bröckelnden Umfragewerte nichts noch mehr schaden würde als weiterer Zwiist.

Die gemeinsame Unions-Linie in der Asylpolitik verbucht Seehofer nun als entscheidenden Fortschritt. „Wir sind hier einig, total einig“, lautet sein Fazit noch vor dem Termin im Bundestag. Fast hört es sich an, als habe er nicht wochen-

lang gepoltert, gedroht und die Kanzlerin attackiert, um ihre nach CSU-Lesart zu flüchtlingsfreundliche Linie zu korrigieren. Die zentrale Kompromissformel liegt nun darin, von einem „Reduzieren“ der Flüchtlingszahlen zu sprechen, wie es Merkel und Seehofer unisono tun. Von „Begrenzung“, wie der Bayer es ursprünglich verlangte, hört man öffentlich nichts mehr.

Gemeinsam nehmen CDU und CSU nun in gewohnter Stoßrichtung wieder die SPD ins Visier. Den nächsten Dreiergipfel zwischen Merkel, Seehofer und SPD-Chef Sigmar Gabriel morgen im Blick, wird auf den Bundestagsfluren bei den Sozialdemokraten am Morgen schon geraunt, es dürfte eine Einigung geben. Wenig später verbreiten auch SPD-Spitzenleute Optimismus. „Ich bin sicher, dass wir am Donnerstag ein Ergebnis finden“, prophezeit SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann.

Zu viel Kuscheln will Gabriel aber wohl doch nicht. „Wir sollten von Merkel lernen: Cool bleiben“, sagt er nach Teilnehmerangaben in seiner Fraktion. Die SPD werde sich sinnvollen Kompromissen nicht verschließen. „Wir machen aber keine Symbolpolitik mit, nur damit Horsti wieder lieb ist.“ Knackpunkt sind die von der CSU ins Spiel gebrachten Transitzone für Flüchtlinge ohne Bleibechancen. Jetzt werden Werte angenommen, wie die Wertschöpfung der Koalitionsspitzen bis Donnerstag aussieht, um Transitzonen (Union) und Einreisezentren (SPD) verbal zu verschmelzen. (dpa)

## Zahl der Bedürftigen an den Tafeln weiter gestiegen

Mehr Flüchtlinge: Bundesverband fordert Hilfe von Bundesregierung · Mehr als 60 000 ehrenamtliche Helfer

**Berlin.** Der Andrang von Flüchtlingen stellt die Tafeln in Deutschland vor immer größere Herausforderungen. Die Bundesregierung solle deshalb die Sammel- und Ausgabestellen besser finanzieren, sagte der Vorsitzende des Bundesverbands Deutsche Tafel, Jochen Brühl, gestern. „Wir fordern die

Bundesregierung auf, den Tafeln projektbezogenen Finanzierungshilfe zu gewährleisten, um Dolmetscher, Flüchtlingsbetreuer, Koordinatoren zur lokalen Vernetzung mit den Kommunen oder Integrationshelfer beschäftigen zu können.“

Die Zahl der Bedürftigen war innerhalb weniger Monate von

einer Million um weitere 150 000 Menschen gestiegen. „Die Lage ist zur Zeit sehr angespannt. Mehrere Tafeln mussten Aufnahmestopps verhängen, da sie keine weiteren Menschen unterstützen können“, sagte der Tafel-Chef.

Angesichts des Andrangs von Asylsuchenden forderte er, ei-

nen Flüchtlingsbeauftragten zu berufen. „Damit wäre eine Stelle geschaffen, die die Arbeit der Zivilgesellschaft koordiniert und die zugleich als Schnittstelle zur Bundesregierung dient“, sagte Brühl. Eine enge Koordination der unterschiedlichen Akteure in der Flüchtlingshilfe sei „dringend notwendig“. Wichtig sei,

dass der Beauftragte dann auch engen Kontakt zu Hilfsorganisationen halte, hieß es.

Die Tafeln unterstützen nach eigenen Angaben an mehr als 3 000 Standorten in Deutschland Bedürftige mit gespendeten Lebensmitteln. Insgesamt sind dazu rund 60 000 Ehrenamtliche im Einsatz. (dpa)

## Maas will Pegida-Chef nicht anzeigen

Goebbels-Vergleich von Lutz Bachmann sorgt für Empörung bei der SPD

Die Pegida-Bewegung hat einen neuen Aufreger produziert. Ganz bewusst, wie die SPD meint. Bundesjustizminister Heiko Maas will auf die Provokation aus Dresden aber nicht eingehen.

**Berlin.** Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) verzichtet auf eine Strafanzeige gegen Pegida-Gründer Lutz Bachmann, der ihn in die Nähe des Nazi-Chefpropagandisten Joseph Goebbels gerückt hat.

Das teilte ein Sprecher des Ministers gestern auf Anfrage in Berlin mit. Eine Begründung lieferte er nicht. Allerdings vertritt Maas generell die Linie, auf Äußerungen von Pegida-Rednern und auch AfD-Politikern besser gar nicht zu reagieren.

Zuvor waren in der SPD Forderungen nach Ermittlungen gegen Bachmann als Chef des fremdenfeindlichen Bündnisses laut geworden. Zwar hat die Staatsanwaltschaft Dresden wegen des Verdachts der Beleidigung inzwischen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und sichert Beweismittel, wie Behör-

densprecher Lorenz Haase bestätigte. Zur weiteren Strafverfolgung ist bei einem Beleidigungsdelikt aber ein Strafantrag des Betroffenen nötig.

Bachmann hatte Maas bei einer Pegida-Kundgebung in Dresden am Montagabend in einem Atemzug mit NS-Reichspropagandaleiter Joseph Goebbels genannt und als „eiskalten Hetzer“ bezeichnet. Außerdem bezeichnete er den SPD-Politiker vor rund 8 000 Anhängern der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ als „schlimmsten geistigen Brandstifter“ seit Goebbels und Karl-Eduard von Schnitzler. Letzterer hatte als Chefkommentator des DDR-Fernsehens mit der Sendung „Der schwarze Kanal“ jahrzehntelang gegen Regierung und Medien in Westdeutschland agitiert.

SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi zeigte sich entsetzt über die Aussagen von Bachmann. „Ein wahnsinniger Faschist vergleicht einen durch und durch anständigen Menschen wie Heiko Maas mit dem Chefideologen des ‚Dritten Reiches‘“, sagte Fahimi dem Nachrichtenportal „Spiegel Online“. „Das ist perfide und ekelhafte Rattenfängerei, wie sie schlim-

mer nicht mehr werden kann.“ Ganz offensichtlich handele es sich um eine „weitere beabsichtigte Entgleisung von Pegida – kein Ausrutscher, kein Versehen“.

Das Internationale Ausschwitz-Komitee – ein Zusammen-



Pegida-Mitgründer Lutz Bachmann während seiner Rede am Montag in Dresden. Foto: Burgi

schluss von Stiftungen, Organisationen und Holocaust-Überlebenden aus 19 Ländern – kommentierte den Vorfall mit „Erstaunen und Ekel“.

Bachmann habe sich mit seinen Äußerungen eindeutig „in die braune Ecke“ gestellt, erklärte der Exekutiv-Vizepräsident des Komitees, Christoph Heubner. Die „glasklare Haltung“ von Maas gegen Rechts-Extremismus und Volksverhetzung habe in den vergangenen Monaten „erheblich zur demokratischen Stabilität in Deutschland beigetragen und besonders auch junge Menschen beeindruckt“.

Die Sozialdemokraten tun sich allerdings aus historischen Gründen schwer damit, Vergleiche mit der Rhetorik des Nazi-Propagandaministers generell auf den Index zu setzen. Denn SPD-Übervater Willy Brandt hatte über den CDU-Politiker Heiner Geißler 1985 in einem Streitgespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl gesagt, dieser sei „seit Goebbels der schlimmste Hetzer in diesem Land“. Mit diesem Ausspruch, über den sich Kohl sehr empörte, wirbelte der Parteivorsitzende der Sozialdemokraten damals viel Staub auf.

## EU verteilt Flüchtlinge

**Athen.** In der schleppend angelaufenen Verteilung von Flüchtlingen will die Europäische Union an Tempo zulegen. Heute wird erstmals aus Griechenland eine Gruppe verteilt. 30 Migranten würden nach Luxemburg geflogen, teilte die EU-Kommission gestern in Brüssel mit. „Es ist jetzt Zeit, einen Gang hoch zu schalten“, erklärte der für Migrationsfragen zuständige EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos.

Auf der Balkanroute sind weiter Tausende Flüchtlinge in Richtung Österreich und Deutschland unterwegs. Von Montagabend bis Dienstagfrüh kamen nach Polizeiangaben mehr als 4 300 Menschen mit Zügen aus Kroatien nach Slowenien. Seit vor zweieinhalb Wochen die ersten Flüchtlinge das Land erreichten, seien 135 000 Menschen gezählt worden, berichtete die Nachrichtenagentur STA. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und EU-Ratspräsident Donald Tusk mahnten zu schnellerem Handeln. Die EU-Staaten hatten im September die Verteilung beschlossen, die Italien und Griechenland entlasten soll. Insgesamt sind laut EU-Kommission bisher aber nur 86 Flüchtlinge auf andere Staaten verteilt worden. (dpa)